Prof. Dr. M. Massarrat

Hofbreede 64
D-49078 Osnabrück
Tel: 0541/442284
Fax: 0541/4430528
e-mail: mohssen.massarrat@uos.de

Prof. Dr. M. Massarrat, Hofbreede 64, D-49078 Osnabrück

An den
Bundesminister des Innern
Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesministerium des Innern
Alt Moabit 101 D
10559 Berlin

31. März 2008

Offener Brief
an den Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Integration der moslemischen Minderheit in Deutschland

Sehr geehrter Herr Minister,

ich lebe seit 1961 in Deutschland und fühle mich, dank meiner privilegierten Stellung als Akademiker, voll in die deutsche Gesellschaft und meine Fachwelt integriert und akzeptiert. Hinzu kommt, dass ich seit 37 Jahren mit einer deutschen Frau verheiratet bin und ich außer meiner iranischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitze. Unsere Familie, einschließlich zweier erwachsener Kinder, besitzt nicht nur zwei Staatsangehörigkeiten, sondern auch das außerordentliche Glück, in zwei Kulturen familiär, formal und mental verwurzelt zu sein.

Dennoch teile ich die Sorgen und auch das Leid der moslemischen Minderheit in meiner deutschen Heimat, die leider weit davon entfernt ist, ein Leben in Würde in zwei Kulturen führen zu dürfen. Ich wende mich daher auf diesem Wege an Sie, weil ich erstens die unter Ihrer Verantwortung geschaffene Islamkonferenz als einen richtigen Schritt zu einer demokratisch fundierten Integration der moslemischen Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft ansehe und zweitens den eingeschlagenen Weg in einigen zentralen Bereichen für substanziell verbesserungswürdig halte. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass ich den Weg eines Offenen Briefes gewählt

habe. Das Thema interessiert die Betroffenen ebenso wie die gesamte Öffentlichkeit in Deutschland.

Die moslemische Minderheit in unserem Land tut sich sehr schwer mit der Integration, weil sie sich mit ihrer neuen Heimat immer noch nicht voll identifizieren kann. Dazu trägt nicht nur sie selbst, sondern leider auch die Mehrheitsgesellschaft bei: sie fühlt sich durch die Mehrheitsgesellschaft eher geduldet als willkommen geheißen, sie muss damit rechnen, immer wieder in Wahlkampfzeiten durch Pauschalisierungen diskriminiert und für die Misere der Mehrheitsgesellschaft verantwortlich gemacht zu werden. Diese Minderheit ist ferner durch den seit längerer Zeit anhaltenden anti-islamischen Kulturkampf verunsichert und sucht sich verständlicherweise den halbwegs geschützten Raum des Ghettos und beargwöhnt die Regeln und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft mit großem Misstrauen.

Mit ihren Restriktionen, wie beispielsweise dem Kopftuchverbot für Frauen in Schulen und anderen öffentlichen Institutionen, verstärkt die Mehrheitsgesellschaft noch jenes Misstrauen. In wachsendem Misstrauen und fehlender Identität mit der neuen Heimat wurzelt m. E. auch die Reaktion moslemischer Eltern, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzuschotten, auch ihren Töchtern die Teilnahme am Schwimmunterricht und an Schulausflügen zu untersagen und selbst von Elternabenden fernzubleiben. Dies wird wiederum durch die Mehrheitsgesellschaft oft mit neuen Ressentiments bedacht und als Beleg für den Mangel an Integrationsbereitschaft missverstanden - ein Teufelskreis, der durchbrochen werden muss.

Sehr geehrter Herr Minister,

nicht die Parallelgesellschaft an sich, sehr wohl aber ihre mangelnde interkulturelle Durchlässigkeit und ihre unzureichende Identifikation mit Staat und Gesellschaft der neuen Heimat ist eine Gefahr für die Demokratie. Dies kann jedoch überwunden werden, wenn die Integrationsschritte durch aktive Beteiligung aller betroffenen Gruppen, will sagen, demokratisch fundiert würden. Die Beteiligung der Minderheit an polizeilichen Aufgaben war daher ein richtiger Schritt zum Abbau von Misstrauen und zum Aufbau von Identität mit dem Staat in der neuen Heimat. In gleicher Richtung geht auch z. B. das Projekt „Kiezworker“ in Berlin Kreuzberg, das flächendeckend und bundesweit ausgebaut werden müsste. Der entscheidende Schritt zum Abbau der Vorbehalte moslemischer Eltern, ihre Töchter am Schwimmunterricht und am Bildungssystem umfassend teilnehmen zu lassen, wäre m. E. aber die Einstellung auch moslemischer Lehrerinnen an deutschen Schulen. Sie wären m. E. in der Lage, zwischen Schule und den in der Parallelgesellschaft verharrenden Eltern eine Brücke zu bauen und ihnen ihre Ängste und Vorbehalte von wegen des eigenen Identitätsverlusts durch mehr Integration abzubauen und den interkulturellen Austausch durchlässiger zu machen.

Das Kopftuchverbot stellt aber leider, sehr geehrter Herr Minister, – unabhängig davon, das es das Grundrecht auf freie Kleidungswahl verletzt und auch hinsichtlich der freien Ausübung der Religion diskriminierend und antidemokratisch ist – m. E. das größte Hindernis hin zu einer sozial verankerten Integration dar, da es die Schaffung von eben dieser Brücke entscheidend verhindert. Sorgen Sie bitte mit dafür, dass dieses archaische Verbot - das nicht von einer demokratischen Gesinnung herrührt, vielmehr aus reiner politischer Opportunität und dem unsinnigen

antiislamischen Kulturkampf in den christlichen Gesellschaften des Westens resultiert - ein für allemal ad acta gelegt wird. Der türkische Ministerpräsident Recep Erdogan – gelänge ihm tatsächlich die Aufhebung des Kopftuchverbots an türkischen Universitäten – würde dadurch Millionen türkischer Frauen aus den gesellschaftlichen Hinterhöfen herausholen und ihnen eine Perspektive zur faktischen Gleichstellung eröffnen. Europäische Frauenbewegungen haben, offenbar geblendet durch den antiislamischen Kulturkampf, diesen einfachen Tatbestand leider systematisch ignoriert. Ihr Eintreten für ein Kopftuchverbot in Deutschland ist skandalös und - in seiner Auswirkung als praktisches Berufsverbot für diese Frauen - auch de facto frauenfeindlich.

Um die Integration moslemischer Mädchen und ihrer religiösen Eltern in die Mehrheitsgesellschaft zu fördern, müsste m. E. die Einstellung qualifizierter moslemischer Lehrerinnen an deutschen Schulen, gerade auch für diejenigen, die aus eigener Überzeugung ihr Kopftuch nicht ablegen wollen, verstärkt und gefördert, auf keinen Fall jedoch behindert werden. Erst der Abbau von Misstrauen und der erleichterte Zugang der traditionellen moslemischen Frauen zu Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen der Mehrheitsgesellschaft kann mittelfristig dazu betragen, dass sich Frauen aus freien Stücken auch moderneren Lebensformen zuwenden, jedoch unter keinen Umständen durch Zwangsmaßnahmen, die zudem auch den demokratischen Grundsätzen abträglich wären.

Lassen Sie mich, sehr geehrter Herr Minister, einen weiteren wichtigen Punkt ansprechen, der mir wegen dessen die Integration behindernden Rolle missfällt. Ich meine, die Zusammensetzung der Islamkonferenz, die ihrem Zweck gemäß mit den authentischen Repräsentanten der moslemischen Minderheit in Deutschland die Schritte, Bedingungen und Leistungen der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft zu einer nachhaltigen Integration offen diskutieren und gemeinsame Lösungen für die Probleme ausloten will. Insofern ist m. E. die Mitwirkung von Personen wie z. B. Seyran Ates und Necla Kelek mehr als ein Schönheitsfehler der Islamkonferenz. Beide Personen führen durch Verallgemeinerungen von Einzelerscheinungen seit längerem und mit großzügiger Unterstützung von islamfeindlichen Medien, einen privaten Kulturkampf gegen die moslemische Minderheit und tragen mit ihren oft respektlosen Äußerungen gegenüber den religiösen Gefühlen dieser Gruppe zu deren Verunsicherung und zu noch mehr Ressentiments gegenüber der Mehrheitsgesellschaft bei.

Frau Ates' Forderung an moslemische Frauen, ihr Kopftuch bitteschön endlich abzulegen, entbehrt beispielsweise nicht nur jeglicher Sensibilität gegenüber Menschen, die ihre aus der Tradition gespeiste Identität nicht über Nacht ablegen können. Sie spricht auch für eine elitäre und egozentrische Haltung, die von allen moslemischen Frauen verlangt, dem eigenen, von der Mehrheitsgesellschaft hofierten Beispiel zu folgen, um akzeptiert zu werden. Beide genannten Frauen haben sich von ihrem traditionell islamischen Hintergrund längst entfernt und sich – was ja auch ihr gutes Recht ist - der Kultur ihrer neuen Wahlheimat zugewandt. Gerade deshalb sind sie aber alles andere als geeignete Mediatorinnen, die zwischen beiden Kulturen vermitteln und das Vertrauen beider Seiten genießen könnten. Ganz im Gegenteil: In zahlreichen Talkshows, Interviews, in ihren Pamphleten und in gut besuchten Veranstaltungen schüren sie Angst vor einer islamischen Gefahr und verfestigen durch ihr Engagement die bereits bestehenden

Vorurteile und Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft. Frau Ates beispielsweise bezeichnet den Bestseller von Henryk M. Border „Hurra wir kapitulieren“, in dem dieser mit Horrorszenarien ein regelrechtes Islam-Bashing betreibt, als ihr Lieblingsbuch. Frau Kelek wiederum schrieb am Vortag der letzten Islamkonferenz einen Lobgesang auf Henryk M. Broder. Beide Frauen stehen offensichtlich der Gruppe der selbsternannten „Achse des Guten“ unter Leitung von Henryk M. Broder sehr nahe, deren zentrale Aufgabe offensichtlich darin zu bestehen scheint, auch ein gewaltsames Vorgehen gegen „Die Achse des Bösen“, d. h. die islamischen Staaten, und hier insbesondere den Iran, zu rechtfertigen.

Frau Ates und Frau Kelek haben selbstverständlich das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, mit der Kultur ihrer ersten Heimat zu brechen und sogar sich am Islam-Bashing zu beteiligen, das inzwischen zum Volkssport eines exklusiven Kreises geworden zu sein scheint, der auf Kosten einer machtlosen moslemischen Minderheit einen Bestseller nach dem andern liefert und die Marktlücke in der Mehrheitsgesellschaft geschickt für Vorträge mit hohen Honoraren ausnutzt. Das alles ist nicht zu beanstanden. Muss aber nicht in Frage gestellt werden, ob ausgerechnet diese Personen einer gesellschaftlichen Clearingstelle wie der Islamkonferenz angehören sollten, die doch zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft für ein friedliches Zusammenleben Brücken bauen will? Frau Ates diffamiert die multikulturelle Gesellschaft als Multikulti-Irrtum. Was bleibt denn sonst überhaupt in einer demokratischen Gesellschaft übrig als ein multikulturelles Zusammenleben verschiedener Kulturen? Soll denn die deutsche Mehrheitsgesellschaft der moslemischen Minderheit ihren Respekt versagen, sie daran hindern, ihre Identität zu pflegen oder gar sie zur Assimilation zwingen? Ist es das, was Frau Ates als Vision „Wie wir friedlich miteinander leben“ – so der Untertitel ihres neuen Buches „Der Multikulti-Irrtum“ - vorschwebt? Alle ihre Argumente sprechen dafür, dass sie eher einen elitären und staatlich verordneten Assimilations“frieden“ bevorzugt als ein multikulturelles und friedliches Mit- und Nebeneinander, das durch Partizipation auch der Minderheitsgesellschaft entwickelt wird. Frau Ates verunglimpft auch pauschal die Parallelgesellschaften und suggeriert dabei den Eindruck von undurchsichtigen und gefährlichen Untergrundgesellschaften, die im Begriffe sind, die Mehrheitsgesellschaft zu islamisieren. Wäre es nicht vernünftiger, den interkulturellen Austausch zu fördern statt die Parallelgesellschaften durch das Schüren von Vorbehalten und Abgrenzung zu verfestigen?

Hinzu kommt, dass Frau Ates und Frau Kelek u. a. ihre Hauptaufgabe darin sehen, Phantome wie „die Scharia herrscht längst in unserer Gesellschaft“, heraufzubeschwören und damit Feindbilder zu verstärken. Zudem ist auch nicht bekannt, dass sie sich bisher in der öffentlichen Debatte bzw. in der Islamkonferenz um konstruktive Vorschläge bemüht hätten, denen auch die moslemische Minderheit hätte zustimmen können. Durch ihre Mitwirkung in der Islamkonferenz entsteht unweigerlich der Eindruck, die Mehrheitsgesellschaft wolle lieber mit sich selbst sprechen. Dabei mangelt es glücklicherweise keineswegs an hoch qualifizierten moslemischen, aber auch laizistischen türkischen, arabischen sowie deutschen Frauen, die auch ohne Medienunterstützung für eine echte Integration durch den Abbau von Ängsten und Feindbildern sowie Verständnis für beide Seiten Beachtliches leisten.

Ich wünschte, die Mehrheitsgesellschaft nutzte verstärkt den Sachverstand dieser Menschen für ihre Integrationsbemühungen statt dem Rat vermeintlicher Freunde blind ihr Vertrauen zu schenken.

Zur Erläuterung meines Offenen Briefes stehe ich gern zur Verfügung. Ich wünsche Ihnen bei der produktiven und demokratischen Weiterentwicklung der Islamkonferenz viel Erfolg und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

(Prof. Dr. Mohssen Massarrat)